



Samstag, 28. Mai 2011  
Nr. 42 / 84. Jahrgang  
Fr. 5.- | € 4.- (im Ausland)

redaktion@fuw.ch | verlag@fuw.ch  
abo-zeitungen@tamedia.ch  
AZ 8021 Zürich, Telefon 044 298 35 35  
Abo-Service 044 404 65 55  
Fax Redaktion 044 298 35 50  
Fax Verlag 044 298 35 00  
Fax Abo-Service 044 404 69 24  
www.fuw.ch

# FINANZ und WIRTSCHAFT

Heute mit BEILAGE «PRIVATE BANKING»

## «Entscheid ist hoch riskant»

HANS HESS  
Präsident Swissmem

□ Herr Hess, als Präsident des Maschinen-, Elektro- und Metallindustrieverbands haben Sie den Atomausstiegentscheid des Bundesrats scharf kritisiert. Sie fordern, die Landesregierung müsse nun eine fundierte Gesamtenergiestrategie erarbeiten. Was versprechen Sie sich davon? Wir wollen wissen, wie der Bundesrat die Lücke von rund 40% Strom aus der Atomkraft rechtzeitig zu füllen gedenkt. So, dass die Versorgungssicherheit hoch bleibt, keine höhere Auslandabhängigkeit entsteht und die Strompreise für unsere Wirtschaft tragbar bleiben. Leider gibt es dazu bis heute nur vage Ideen. Wir sind von konkreten, technisch und politisch machbaren Plänen noch weit entfernt. Unter solchen Umständen eine so wichtige Entscheidung zu fällen, finden wir mehr als mutig und hoch riskant.

□ Werden Sie gegen den Entscheid des Bundesrats ankämpfen? Wir erwarten, dass der Bundesrat so rasch wie möglich die ganze Expertise in unserem Land zusammenruft. Es geht darum, die vage anmutende Vision des Bundesrats zur Sicherstellung der Stromversorgung in einen politisch, ökonomisch und ökologisch machbaren Aktionsplan umzusetzen. Bis Ende Jahr müssen konkrete Lösungsvarianten mit den entsprechenden Vor- und Nachteilen auf dem Tisch liegen. Schon nächstes Jahr muss entschieden werden, denn die Umsetzung wird viel Zeit brauchen.

□ Durch den gestaffelten Ausstieg dürfte der Strompreis zusätzlich um etwa 15% steigen. Wie sehr gefährdet das den Industriestandort Schweiz? Manche befürchten eine Strompreiserhöhung um 30%. Ohne fundierte Strategie können wir nur spekulieren, wie sich die Preise entwickeln. Aber die vorgeschlagenen massiven Lenkungsabgaben muten abenteuerlich an. Die Schweizer Exportindustrie ist jetzt schon mit sehr vielen Herausforderungen konfrontiert. Denken Sie nur an den starken Franken, der zu einer Verteuerung unserer Produkte um 15 bis 20% geführt hat. Jede weitere Kostenerhöhung treibt die Unternehmen immer näher an den Abgrund und gefährdet damit Arbeitsplätze in der Schweiz.

□ Was muss geschehen, damit Industrie und Gewerbe durch den Atomausstieg nicht aus der Schweiz verdrängt werden? Die Wirtschaft braucht genug Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen. Es gibt hierzulande Unternehmen, beispielsweise in der Stahlindustrie, deren Stromrechnung so hoch ist wie die Personalkosten. Wenn für sie die Stromkosten um

FORTSETZUNG AUF SEITE 14

## Was der Ausstieg kostet

Der Atomausstieg ist machbar. Die Frage ist, zu welchem Preis. Ein Fehler, wenn die Verbrauchsreduktion vor allem über Vorschriften und Subventionen angestrebt wird. REINER EICHENBERGER

Gut möglich, dass es bloss bei schönen Worten bleibt. Der Bundesrat wollte schon viel, was später das Parlament oder das Volk abgelehnt haben. Zudem kann heute kaum abschliessend über die Energiepolitik nach 2034, wenn laut Bundesrat das letzte AKW vom Netz gehen soll, entschieden werden. Dieser Beschluss für das Binnenland Schweiz aufgrund eines völlig unerwarteten Ereignisses im Inselstaat Japan könnte schon bald überhastet aussehen und, so wie heute die Atomenergie, von unerwarteten Ereignissen weggespült werden. Doch bei allen Vorbehalten: Der Atomausstieg hat bei allen anderen fünf wichtige Folgen.

Erstens würden wir einfach mehr Elektrizität importieren. Erdgas und Erdöl werden schon heute zu 100% eingeführt, genau so wie bis 2034 wohl weit über die Hälfte der von uns verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Zudem geht dann weit über die Hälfte unserer Produkte in den Export. Ein Grossteil der in der Schweiz nachgefragten Elektrizität wird also «grau» exportiert. Vermutlich werden wir uns darauf einigen, dereinst gezielt «saubere» Elektrizität zu importieren. Das aber wäre nur Etikettenschwindel. Wenn wir saubere Energie konsumieren, fehlt sie anderswo, weshalb dann dort vermehrt schmutziger Strom benutzt wird.

### Was auch zu bedenken ist

Zweitens müssen wir die Treibhausdiskussion anders führen. Heute fordern viele, die Schweiz solle wenigstens mit den Reduktionszielen der EU gleichziehen. Dabei wird kaum bedacht, dass die Schweiz einwanderungsbedingt ein sehr viel höheres Bevölkerungswachstum als die EU hat. Folglich hätte die Schweiz durch das Gleichziehen nicht die gleichen Standards, sondern müsste pro Kopf gerechnet eine sehr viel höhere Reduktion wie die EU-Staaten vornehmen, was allein schon riesige volkswirtschaftliche Kosten bedeutet. Mit dem Atomausstieg wird das Gleichziehen noch viel teurer, denn die Schweiz hat einen wesentlich höheren Atomanteil als die meisten EU-Länder.

Drittens erscheint die Einwanderungsdebatte in neuem Licht. Die bisherigen vom Bund in Auftrag gegebenen Studien zeigen bei genauem Lesen und entgegen der amtlichen Interpretation, dass die heutige Einwanderung zwar zu schnellem Bevölkerungswachstum und damit zu Wachstum der gesamten Wirtschaft führt, aber nicht zu einem nennenswerten Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens der bisherigen Einwohner. Indes bewirkt sie eine zusätzliche Verknappung der heute schon knappen Faktoren Umwelt, Boden und Infrastruktur. Wenn wir uns nun durch den Atomausstieg und die Treib-

hausgaspolitik in ein enges Energiekorsett zwingen, wird die Einwanderung zunehmend problematisch. Durch die heutige Einwanderung wächst die Bevölkerung rund 1% jährlich. Durch ein solches Bevölkerungswachstum wird der Atomausstieg bis 2034 noch sehr viel teurer.

Viertens ist der Atomausstieg selbstverständlich machbar. Die Frage ist nur, was er kostet. Eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Katastrophe bringt er dann, wenn die notwendige Energieverbrauchsreduktion vor allem mit staatlichen Vor-



Richtig wäre, Atomstrom nicht einfach zu verbieten, sondern entsprechend den vermuteten Externalitäten steuerlich zu belasten.

REINER EICHENBERGER

schriften und Kontrollen durchzusetzen versucht wird. Am billigsten kommt er umgekehrt dann, wenn wir eine liberale, marktorientierte Energiepolitik betreiben, also endlich das Verursacherprinzip wirkungsvoll durchsetzen.

Die heutige Energiepolitik ist leider anders. Solange einzelne Energiearten – so wie heute die Atomenergie und fossile Energieträger – «implizit» subventioniert werden, indem sie nicht voll für ihre Umweltschäden und -risiken aufkommen müssen, kann die «explizite» Subventionierung von Alternativenergien Sinn machen. Je mehr aber die traditionellen Energiearten auch ihre Umweltkosten tragen, desto weniger Grund gibt es, alternative Energiearten zu subventionieren. Für den Atomausstieg hat das entscheidende Konsequenzen.

Richtig wäre, Atomstrom nicht einfach zu verbieten, sondern entsprechend den vermuteten Externalitäten steuerlich zu belasten. Sobald aber die Atomenergie ihre Kosten bezahlt oder wenn sie verboten wird, bricht das Argument für die Subventionierung von Alternativenergien zusammen. Deshalb sollten mit dem Atomausstieg die Subventionen an die Produzenten und Nutzer alternativer Energien nicht erhöht, sondern gesenkt oder besser ganz aufgehoben werden. Durch die Verknappung und Besteuerung der Energie würden die Energiepreise so steigen, dass die richtigen Anreize zur Produktion von Alternativenergien wirken würden.

Fünftens müsste mit dem Atomausstieg und der Verknappung der Elektrizität auch die Verkehrspolitik völlig ändern. Heute behaupten die Freunde des öffentlichen Verkehrs dauernd, dass besonders der Schienenverkehr die Umwelt nur we-

nig und das Klima überhaupt nicht belastet. So stand lange auf jedem Berner Tram: «CO<sub>2</sub> neutral: Dieses Tram fährt klimaschonend mit Elektrizität aus Wasserkraft». Leider ist das totaler Unsinn.

Der Schienenverkehr braucht Elektrizität, viel sogar, und jeder Stromverbrauch belastet die Umwelt, auch wenn er aus «sauberem» Strom stammt. Denn wenn er für den öV verbraucht wird, steht er nicht mehr für anderes zur Verfügung. Folglich müssen dann andere Verbraucher auf «schmutzige» Elektrizität ausweichen. Deshalb hat jeder Energieverbrauch Op-

portunitätskosten, das heisst, die Energie fehlt dann eben anderswo. Da nützt auch das Argument der SBB nichts, der Strom stamme aus ihren eigenen Wasserkraftwerken. Schliesslich könnten sie den Strom ja verkaufen, statt ihn selbst zu verfahren. Das Argument der Verkehrsbetriebe ist genau so falsch, wie wenn die Araber argumentierten ihre Ölverschwendung trage nicht zur Ölknappheit bei, denn schliesslich sei es ihr eigenes Öl.

### Die Lösung

Deshalb gilt sowohl in der Verkehrs- als in der Energiepolitik: Die Verursacher sollen für alle von ihnen verursachten Kosten bezahlen, und kein Energie- und Verkehrsträger soll subventioniert werden. Durch die neue Politik würde zwar die Energie- und Verkehrsnutzung viel teurer. Gleichzeitig aber würden die Staatseinnahmen stark steigen und die -ausgaben sinken.

Entscheidend ist deshalb, dass die dadurch anfallenden Mittel an die Bürger weitergegeben werden, am besten indem die Mehrwertsteuer, die Einkommenssteuern oder die AHV-Abgaben massiv gesenkt werden. Wenn der Bundesrat das ernsthaft anvisieren würde, wäre die neue Energie- und Verkehrspolitik wohl nicht nur mehrheitsfähig, sondern würde die gesamtwirtschaftliche Effizienz und damit das Pro-Kopf-Einkommen sowie die Umweltqualität stark erhöhen.

Prof. Dr. Reiner Eichenberger ist Ordinarius für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Fribourg sowie Forschungsdirektor von CREMA (Center of Research in Economics, Management, and the Arts).

## Welche Energie?



Das Anlagethema erneuerbare Energie bzw. Energieeffizienz gewinnt mit dem Bye-Bye aus Bern an Aktualität. Der Trend stimmt, doch auch hier ist Umsicht am Platz. SEITE 15

Stromwirtschaft rätselt. SEITE 17

Strategie mit Haken. SEITE 17

Trendsetter Deutschland. SEITE 32

## UBS denkt weiter

Im Zusammenhang mit der regulatorischen Entwicklung in der Schweiz und im Ausland entwickelt UBS Szenarien, wie die Geschäftsstruktur – namentlich die Investment Bank – am besten zu gliedern ist. SEITE 3

## Ballmer soll gehen

Zu Recht kritisiert Hedge-Funds-Manager David Einhorn, der Microsoft-CEO habe IT-Trends verpasst. Die Aktien kauft er trotzdem. SEITE 2

## Schwacher Euro

Ob sich der Euro stabilisiert, hängt von einer allfälligen Umschuldung Griechenlands ab. SEITE 2

Devisenprognosen: Euro und Dollar werden leicht steigen. SEITE 6

## Kein Kredit

Aktien von US-Banken sinken in der Gunst der Investoren. Die Misere im Häusermarkt lastet schwer auf der Branche, und das Kreditgeschäft wird anspruchsvoller. SEITE 27

## Private Banking

Der Finanzplatz Schweiz hat den Wandel weg vom steuergetriebenen Modell noch nicht abschliessend vollzogen. «Private Banking» zeigt Chancen und Risiken der Wende auf.

## Aktienexposé

Ströer Seite 13

## Praktikus

«Acht Gebote» Seite 13

Anzeigen

Wer denkt bei Blockbuster schon an Biotech  
www.bbbiotech.com  
BB Biotech  
Bellevue Investments

Picard | Angst  
Diversifiziert in Rohstoffe investieren  
Picard Angst Asset Management AG  
Bahnhofstrasse 13-15, CH-8808 Pfäffikon SZ  
+41 (0)55 290 52 00 | www.picardangst.ch

SIE SUCHEN EINE VERMÖGENSBERATUNG, DEREN KAPITAL DIE ERFAHRUNG IST?  
WWW.INFIDAR.CH  
TEL. +41 44 225 61 61  
INFIDAR  
VERMÖGENSBERATUNG – SEIT 1954  
WIR KULTIVIEREN IHR VERMÖGEN.

«Ich bin nicht Kunde bei Wegelin & Co., weil ich nichts von langfristigen Beziehungen halte.»  
Casanova  
WEGELIN & Co.  
PRIVATBANKIERS SEIT 1741  
Für alle, die einen treuen Partner suchen: www.wegelin.ch